
19. Wahlperiode

Drucksache 19/2204
14.07.15/Ka.

HESSISCHER LANDTAG

PL
(UWVA, ULA)

Antrag
der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
betreffend K+S AG als selbständiges Unternehmen mit Sitz in Hessen erhalten - Arbeitsplätze sichern und Ausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie herbeiführen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den Beschluss von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S AG, das unaufgeforderte Übernahmeangebot der Potash Corporation of Saskatchewan Inc. abzulehnen. Er sieht darin eine gute Entscheidung für den Standort Nordhessen und die vielen tausend Arbeitsplätze in der Region, die mit der Kaliindustrie verbunden sind. Der Landtag bekräftigt das Ziel, diese Arbeitsplätze und die Wertschöpfung im Kalirevier zu erhalten. Der Landtag bezweifelt insbesondere, dass ein dauerhaftes Interesse an einer Fortführung der deutschen Standorte besteht, wenn das Übernahmeangebot mit strategischen Vorteilen am Weltkalimarkt begründet wird. Mit der Übernahme würde die Marktkonzentration weiter zunehmen und der Wettbewerb entscheidend geschwächt. Zudem wäre die notwendige Kooperation mit einem Unternehmen, das eine besondere, langfristige Verantwortung für die Umwelt im Kalirevier trägt, in Frage gestellt. Es ist aus Sicht des Landtages somit von zentraler Bedeutung, dass K+S ein selbständiges Unternehmen mit Sitz in Hessen bleibt.

2. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang das Engagement der Landesregierung für den Erhalt des Kali- und Salz-Standortes Nordhessen. Er unterstreicht die wirtschaftliche Bedeutung dieses Reviers, welches vielen tausend Menschen hochqualifizierte Arbeitsplätze bietet und wesentlich zur Wertschöpfung in der Region beiträgt. Er verweist diesbezüglich auf die Studie zu den sozioökonomischen Effekten des Werkes Werra vom Oktober 2013. Der Landtag ist sich auch der ökologischen Belastungen durch die Kali-Industrie bewusst. Ziel muss daher die langfristige Sicherung des Standortes und der Arbeitsplätze im Einklang und im Ausgleich mit den Belangen des Umwelt- und Gewässerschutzes sein.

3. Der Landtag bekräftigt seine Auffassung, dass der so genannte Vier-Phasen-Plan eine wichtige Grundlage zur langfristigen Lösung der Salzabwasserproblematik im nord- und osthessischen Kalirevier darstellt und einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie herstellen kann, um die Belastungen des Bergbaus für Umwelt und Wasser weiter und kontinuierlich zu reduzieren. Dazu gehört die Beendigung der Verpressung, die Verminderung des Salzwasserabstoßes aus der Produktion durch den Bau der Kristallisations-Flotations-Anlage, die deutliche Reduzierung der Haldenabwässer und die Absenkung der Grenzwerte für die Einleitung in die Oberflächengewässer. Der Landtag betont, dass die Fortführung des eingeschlagenen Weges auch vom Erhalt des Unternehmens in seiner jetzigen Form abhängen kann.

4. Der Landtag bittet die Landesregierung, die Verhandlungen mit dem Unternehmen zur Fixierung der im Rahmen des Eckpunktepapiers zum optimierten Vier-Phasen-Plans getroffenen Vereinbarungen im Sinne der ergangenen Beschlüsse des Landtages in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag weiter voranzutreiben, um die Planungssicherheit für alle Beteiligten weiter zu erhöhen.

5. Der Landtag bestärkt die Landesregierung in ihrem Ziel, für die Selbständigkeit des Unternehmens einzutreten und dem Unternehmen die dazu nötige Unterstützung zu gewähren. Er regt an, insbesondere auch die kartellrechtlichen Fragen mit der gebotenen Gründlichkeit zu prüfen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Juli 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
i.V.

Boddenberg

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
i.V.

Wagner (Taunus)